

Kulturwirtschaftsbedatte im Bundestag 24.10.2007

Bezug: Bundestagsdrucksache 16/6742 vom 17.10.07

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)
- zu dem Antrag der Abgeordneten Rita Pawelski, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Laurenz Meyer (Hamm), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Siegmund Ehrmann, Martin Dörmann, Monika Griefahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Kulturwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung stärken

- zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Christoph Waitz, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Die Kulturwirtschaft als Zukunfts- und Wachstumsbranche in Europa stärken

- zu dem Antrag der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt, Kerstin Andreae, Grietje Bettin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Bedeutung der Kulturwirtschaft anerkennen und ihren Stellenwert auf Bundesebene nachhaltig fördern

- Drucksachen 16/5110, 16/5101, 16/5104, 16/6742 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Rita Pawelski
Siegmund Ehrmann
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katrin Göring-Eckardt

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Günter Krings, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Steffen Kampeter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Monika Griefahn, Siegmund Ehrmann, Petra Merkel (Berlin), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Populäre Musik als wichtigen Bestandteil des kulturellen Lebens stärken

- Drucksachen 16/5111, 16/6731 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Dr. Günter Krings
Monika Griefahn
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katrin Göring-Eckardt

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Wolfgang Börnsen für die Unionsfraktion.
(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kultur ist Brot für die Seele. Doch Kultur kann mehr: Gekoppelt mit der Wirtschaft war sie in den letzten zehn Jahren der zuverlässigste Jobmotor in unserem Land.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Jahr für Jahr gab es bei den Arbeitsplätzen eine Steigerung um 3 Prozent. Das sind 30 Prozent in zehn Jahren. Wenige Branchen in unserem Land sind so erfolgreich wie die Kulturwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Man zählt 825 000 Beschäftigte dazu. Mit dem Bereich Chemie hat man gleichgezogen, die Automobilwirtschaft sogar bereits um 200 000 Arbeitsplätze übertrumpft. Diese Entwicklung wollen wir von der Union nicht nur stabilisieren, sondern ihr auch eine zusätzliche Dynamik geben.

Deshalb diese Initiative. Sie geht davon aus, dass der eigentliche Treibriemen für diese eindrucksvolle Aufwärtsentwicklung der Kulturwirtschaft die Kreativität ist. Die schöpferischen Prozesse führen zu neuen Ideen und Initiativen. Kreativität ist der eigentliche Rohstoff für den Erfolg des Standortes Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das gilt für viele wirtschaftliche Abläufe und so manche unternehmerische Entscheidung.

Darüber hinaus sind die Creative Industries ein bedeutender Wirtschaftsfaktor geworden. Musikwirtschaft, Theaterhäuser, Verlagsgewerbe, Literatur-, Buch- und Pressemarkt, Film, Kunstmarkt, Video, Rundfunk, Design, Architektur, Museen, Kunstaustellungen, der Werbemarkt und die Spieleindustrie – sie alle gehören zu den Kernbranchen der Kulturwirtschaft. In der Kulturwirtschaft ist die Produktion künstlerischer und kultureller Güter die gemeinsame Grundlage. Sie ist das Herzstück der Kreativwirtschaft. Sie wird noch um die Bereiche Werbung und Multimedia ergänzt. In der Kreativwirtschaft verbinden sich kulturelle Ideen mit technologischer oder wissenschaftlicher Kreativität. Ohne Kreativität gibt es keine Ideen, keine Innovationen und keine Entwicklung.

Im harten ökonomischen Wettbewerb wird nur der Standort gewinnen, an dem die kreativsten Köpfe am meisten gefördert werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Das gilt von der Forschung bis hin zur Wirtschaft und Wissenschaft; das gilt auch im internationalen Wettbewerb. Deutschland muss in Zukunft verstärkt auf die Kreativität setzen. Dann haben wir weiterhin großartige Chancen auf dem Weltmarkt.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das ist unser Rohstoff! Genau!)

Diese Förderung der Kreativ- und Kulturwirtschaft stärkt die Innovationsfähigkeit unseres Landes, wie auch alle Wissenschaften es tun. Ohne Kreativität können wir keine Zukunftsperspektiven entwickeln. „Deutschland – Land der Ideen“, diese Initiative setzt auf schöpferisches Tun. Dieses gute Beispiel sollte in jeder Stadt, an jedem Ort Schule machen.

Diese Ausrichtung bezweckt auch die *Berliner Erklärung* der Staats- und Regierungschefs vom 25. März dieses Jahres. Sie schreiben gemeinsam:

Europas Reichtum liegt im Wissen und Können seiner Menschen; dies ist der Schlüssel zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt.

Wissen, Können und Kreativität, diese Ressourcen haben wir weiterzuentwickeln und auszubauen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese Botschaft müssen wir noch mehr als bisher in das Bewusstsein aller Bürger rücken.

Eine weitere Klarstellung gehört in diesen Zusammenhang: Kultur ist wahrlich keine brotlose Kunst. Sie ist ein bedeutender Standortfaktor. Wenn es überall in Europa saubere Luft, niedrige Steuern, die gleichen Lebensmittel und ordentliche Schulen gibt bzw. geben sollte, dann spielt es für die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen eine große Rolle, wenn diese in einer Stadt, in einer Region auf eine Kulturszene treffen, die bunt, vielfältig und hochwertig ist. Das ist ein Standortfaktor für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Eine lebendige Kulturwirtschaft zieht Musiker, Schriftsteller, Theaterleute, Maler oder Bildhauer an. Diese Entwicklung kommt der Kulturwirtschaft zugute und löst wieder neue Prozesse aus. Dies ist ein Teufelskreis – diesmal ein positiver –, der bei der Entwicklung ganzer Regionen eine Rolle spielt.

Die Kulturwirtschaft nimmt vielerorts Einfluss auf den Strukturwandel. Wo die alten Industrien weichen mussten, haben Investitionen in die Kulturwirtschaft den Charakter von Regionen verändert. Prominentes Beispiel in Deutschland ist das Ruhrgebiet, für das die Zeche Zollverein zum Symbol des Wandels geworden ist. Zu Recht findet die Leistung, die dort von den Menschen vollzogen worden ist, internationale Anerkennung durch die Auszeichnung Essens und seiner Region als Kulturhauptstadt 2010. Das ist auch eine Anerkennung der Kulturwirtschaft selbst.

Wo ein kreatives Klima gefördert wird, entsteht Wachstum, werden hochwertige Arbeitsplätze geschaffen, entwickeln sich der Erfindungsreichtum und die Leistungskraft einer Region ungewöhnlich

stark. Grund dafür ist auch die Struktur der Kulturberufe. Besonders die Selbstständigen sorgen für eine neue Wachstumsdynamik: Designer, Grafiker, Film- und Bühnenausstatter, Ton- und Bildingenieure, Journalisten, Übersetzer, Schriftsteller und viele andere mehr. Ihre Anzahl hat in den vergangenen zehn Jahren einen Anstieg von 50 Prozent erreicht. Die Gruppe der Selbstständigen in den Kulturberufen wächst viermal schneller als die Gesamtgruppe aller Selbstständigen in unserem Land. Jeder Dritte in der Kulturwirtschaft steht auf eigenen Beinen. Gerade diesen Einzelkämpfern muss unsere besondere Aufmerksamkeit dienen. Sie sind eine entscheidende Triebfeder und sorgen für Initiative, Dynamik und Zukunft.

Mit der heutigen Initiative stellen wir uns dieser Aufgabe. Dass es dazu fraktionsübergreifend kommt, verdeutlicht die Ernsthaftigkeit dieses gemeinsamen Anliegens. Meinen kooperativen Kolleginnen und Kollegen – ganz besonders nenne ich Rita Pawelski, Sigi Ehrmann, Joachim Otto, Grietje Bettin und Lukrezia Jochimsen – danke ich dafür.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mein Dank gilt auch den beteiligten Häusern von Staatsminister Bernd Neumann, der eine prima Voraussetzung geschaffen hat, und Wirtschaftsminister Michel Glos. Die Kulturwirtschaft hat Augenhöhe erreicht.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Auch wegen der Enquete-Kommission!)

Vergessen wir eines nicht: Kultur ist auch Heimat; sie stiftet gerade in Zeiten der Globalisierung Orientierung und Zusammenarbeit. Kulturwirtschaft bedeutet daher nicht die Reduzierung von Kultur auf ein reines Wirtschaftsgut. Kultur steht immer zuerst als Wert für sich. Wo sie sich lebendig und attraktiv entwickeln kann, dort lassen sich Menschen nieder. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass es dazu überall in unserem Land kommt!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Hans-Joachim Otto für die FDP-Fraktion.

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein Lob.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

– Sie wissen doch gar nicht, was kommt.

(Jörg Tauss [SPD]: Ach so! Es ist so selten bei Ihnen, das wollte ich ...)

Ich habe es in meinem parlamentarischen Leben recht selten erlebt, dass die Inhalte verschiedener – partiell sogar etwas gegenläufiger – Anträge von den Regierungsfractionen so unvoreingenommen geprüft und zum Teil übernommen worden sind wie in diesem Fall. Dies muss man wirklich lobend hervorheben. Ausdrücklich sage ich der Kollegin Pawelski Dank – hier spreche ich sicherlich nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern auch in dem der übrigen Fraktionen und des Ausschusses für Kultur und Medien –, die dieses vorbildliche Verfahren koordiniert hat und deren ganz persönliches Verdienst es ist, dass die drei Anträge der Koalitionsfraktionen, von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP so erfolgreich zusammengeführt worden sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Da fehlt aber wer!)

Es ist gut, dass wir bei diesem wichtigen Thema, das nach meiner Kenntnis erstmals im Deutschen Bundestag eingehend gewürdigt wird, mit einer Stimme sprechen. Ich habe die berechtigte Hoffnung, dass von dieser Debatte, diesem gemeinsamen Beschluss des Deutschen Bundestages und natürlich auch dem Bericht der Enquete-Kommission, den wir im Dezember entgegennehmen werden, ein Impuls ausgeht, der auch noch den letzten Entscheidungsträger davon überzeugt, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft keine Liebhaberei und keine Nischenwirtschaft ist, sondern ein zentraler Wirtschaftsbereich, in dem allein in Deutschland 117 Milliarden Euro Umsatz erzielt werden und 815 000 Beschäftigte einen Arbeitsplatz finden.

(Jörg Tauss [SPD]: Die Zahlen sind richtig!)

Aber die Kultur- und Kreativwirtschaft – das ist das Besondere – ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unser Land, sondern auch eine Branche mit einem gesellschaftlichen Mehrwert, weil sie mit Waren und Dienstleistungen umgeht, die einen Doppelcharakter haben: zum einen Wirtschaftsgut, zum anderen Kulturgut.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen ist auch die geplante Zusammenarbeit von BKM und Wirtschaftsministerium im Kern sicherlich sinnvoll.

Ich hebe einen Aspekt der Kulturwirtschaft, den wir Liberale zu dem gemeinsamen Antrag beigesteuert haben, in wenigen Sätzen hervor, nämlich die europäische Dimension. Während wir in Deutschland seit Jahren auf den ersten bundesweiten Kulturwirtschaftsbericht warten, hat die Europäische Kommission bereits vor einem Jahr die Studie *The Economy of Culture in Europe* vorgelegt, die ein beeindruckendes Bild der Kultur- und Kreativwirtschaft gezeichnet hat: 654 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2003, 5,8 Millionen Beschäftigte und beträchtliche Wachstumsraten, die – Kollege Börsen hat darauf hingewiesen – in diesem Bereich immer höher als in der Gesamtwirtschaft sind. Dies beweist für jeden sichtbar die wirtschaftliche Bedeutung dieser Branche.

Daher haben wir uns in dem vorliegenden Antrag dafür ausgesprochen, dass die Kreativwirtschaft Teil der Lissabon-Strategie wird, die sich zum Ziel gesetzt hat, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Vor diesem Hintergrund müssen wir vor allem auf das Potenzial der kleinen Unternehmen setzen und Fördermaßnahmen auf diese abstimmen, da sie gerade in dieser Branche die treibende Kraft für Wachstum, Beschäftigung und Innovationen sind.

Meine Damen und Herren, im Hinblick auf die europäischen Aspekte der Kulturwirtschaft möchte ich es mir an dieser Stelle nicht verkneifen, auf die hochkarätig besetzte Kulturwirtschaftskonferenz hinzuweisen, die im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Mai dieses Jahres stattgefunden hat. Viele der hier Anwesenden haben daran teilgenommen. Diese Tagung mit dem Titel „Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa – Kohärente Politik in einer globalisierten Welt“ war im Übrigen keine Veranstaltung der Bundesregierung, sondern es handelte sich um die mittlerweile immerhin vierte Jahrestagung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die gemeinsam mit dem Büro für Kulturpolitik und Kulturwirtschaft durchgeführt wurde.

Der fraktionsübergreifende Antrag zur Kulturwirtschaft ist aber nicht der einzige Gegenstand dieser Debatte.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Bei einem weiteren Antrag, der heute auf der Tagesordnung steht, ist die Bilanz bei weitem nicht so rosig; ich ahne, dass dies auch der eine oder die andere Abgeordnete aus den Reihen der Koalitionsfraktionen, wenn er bzw. sie ehrlich ist, so sieht. Ich meine den Antrag „Populäre Musik als wichtigen Bestandteil des kulturellen Lebens stärken“ mit seinem zentralen Bestandteil, der „Initiative Musik“.

Sie alle erinnern sich wahrscheinlich noch an die Geburtsstunde der „Initiative Musik“ – ihre Zeugung, um bei diesem Bild zu bleiben, liegt gänzlich im Dunkeln –: Ihre Geburtsstunde erlebte die „Initiative Musik“ bei den Beratungen des Bundeshaushalts 2007, nachdem der Kulturausschuss seine diesbezüglichen Beratungen längst abgeschlossen hatte. Erst in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses erfuhren die überraschten Kulturpolitiker – ich habe den leisen Verdacht, dass es nicht nur den Mitgliedern der Oppositionsfraktionen so ging –, dass der Etat der Kulturstiftung des Bundes mal eben um 3 Millionen Euro gekürzt worden war und dass 1 Million Euro davon in eine „Initiative Musik“ gesteckt werden sollte, von der damals niemand wusste, was genau sich dahinter eigentlich verbirgt;

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie der Abg. Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN] – Dr. Günter Krings [CDU/ CSU]: Deshalb der Antrag!)

bei vielen ist das bis zum heutigen Tage so geblieben.

Es fällt sicherlich schwer, gegen eine Initiative zu sein, die der betroffenen Branche nicht zum Nachteil gereichen wird – das hoffe ich jedenfalls.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nicht zum Nachteil? Sie hilft!)

Ich frage mich und Sie aber ernsthaft, ob diese Initiative, nachdem das Projekt „German Sounds“ ein Misserfolg wurde, konzeptionell auf einem festen und soliden Fundament steht. Die nicht allzu intensive Beteiligung der Musikwirtschaft an diesem Projekt scheint mir ein Indiz dafür zu sein, dass die „Initiative Musik“ nicht alle zu überzeugen vermag.

Auch frage ich mich, ob die deutsche Musikwirtschaft wirklich so unterstützungsbedürftig ist bzw. ob der Musikbranche nicht viel mehr geholfen wäre, wenn die allgemeine Wirtschaftspolitik der Regierung besser wäre und Steuererhöhungen unterlassen worden wären.

(Beifall bei der FDP)

Wir Freien Demokraten jedenfalls haben gestern beschlossen, eine Kleine Anfrage zu stellen, die eine Fülle von Fragen zur „Initiative Musik“ beinhalten wird. Vielleicht wäre es sinnvoller, anderen Branchen, die zu Unrecht weniger öffentliche Wahrnehmung als die Popmusik genießen, mehr Aufmerksamkeit zu widmen, zum Beispiel der Designbranche.

Ich komme zu meinem letzten Punkt zur Kulturwirtschaft. Ich würde mich freuen, lieber Herr Staatsminister – wie ich sehe, schenkt er mir im Moment nicht sein Ohr –, wenn wir in diesem Hause demnächst wieder einmal über die Filmpolitik der Bundesregierung diskutieren würden. Bei allem Respekt vor den und allem Lob für die beachtlichen Leistungen des Kulturstaatsministers in diesem Bereich gibt es insbesondere im Hinblick auf den Deutschen Filmförderfonds durchaus Anlass, über die Vergabebedingungen hier im Parlament im Einzelnen zu diskutieren und zu erörtern, ob bzw. inwieweit die von uns gemeinsam entwickelten Förderziele mit der derzeitigen Konstruktion optimal erreicht werden können.

(Beifall bei der FDP)

Das Wichtigste an der Debatte des heutigen Tages ist aber zweifellos, dass die Politik an die Kultur- und Kreativwirtschaft in großer Einmütigkeit das deutliche Signal sendet, dass sie mit verstärkter Aufmerksamkeit und Unterstützung der Politik rechnen kann und wir die hervorragenden und weltweit konkurrenzfähigen Leistungen der deutschen Kultur- und Kreativwirtschaft noch mehr als bisher zu würdigen wissen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Siegmund Ehrmann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Siegmond Ehrmann (SPD):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat sehr erfreulich, dass es uns gelungen ist, die unterschiedlichen Anträge zusammenzuführen und zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen. Allen, die dabei mitgewirkt haben, möchte ich herzlich danken. Insbesondere aber möchte ich für die sehr fachkundige, außerordentlich lebenswürdige Moderation und Initiative Frau Pawelski danken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Rita Pawelski [CDU/CSU]: Bitte? Noch mal! – Heiterkeit – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Sigg, wiederhol noch mal! Das kann man mehrfach hören!)

– Frau Pawelski, das mache ich nachher Face to Face; es war nur Gutes.

Das Thema Kulturwirtschaft scheint ein richtiges Trendthema zu sein. Es gibt eine Fülle von Foren und Tagungen. Allein im deutschsprachigen Sektor von Google findet man etwa 400 000 Einträge. Es gibt eine Fülle nationaler, regionaler, lokaler Aktivitäten. Dass das nicht nur oberflächlich ist, stellt man fest, wenn man dahinter schaut; vieles davon hat Substanz.

Ich möchte mich in meinen Bewertungen auf zwei Themenfelder konzentrieren. Denn trotz all der Euphorie, die mit der Kulturwirtschaft verbunden ist, gibt es zumindest in einem bestimmten Sektor unserer Öffentlichkeit sehr kritische Einwände derart, dass die von uns diskutierten Konzepte der Kultur- und Kreativwirtschaft letztendlich ein Einfallstor seien, um marktradikale Konzepte durchzusetzen

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Oh!)

– in der Tat, Herr Otto, so etwas soll es geben –, und letztendlich eine Blaupause bildeten, um auch andere Arbeitsmärkte und Branchen neu zu gestalten, umzustrukturieren. Der zweite Gedanke, auf den es mir ankommt, ist: Wie kann es uns gemeinsam gelingen, die weitere parlamentarische Arbeit so zu gestalten, dass wir dieses komplexe, fachübergreifende Thema vernünftig begleiten?

Zum Ersten. Angelehnt an den Sozialwissenschaftler Florida und all die Heroen, die ihm gefolgt sind,

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Florida-Rolf?)

ist die Analyse – auch Wolfgang Börnsen hat das vorhin dargestellt –: Die Globalisierung führt in den alten Industriegesellschaften zu starken Veränderungen. Der wirtschaftliche Wohlstand kann nicht mehr vollkommen von der Industrie und dem ungeheuren Engagement des mittelständischen Handwerks erbracht werden. Aber die Wissensindustrie und der Dienstleistungssektor sind Felder, auf denen neue Dynamik entsteht. Die Kreativität ist der entscheidende Wirtschaftsfaktor der Zukunft. – Insofern, so die Forderung vieler, die das seit vielen Jahren begleitend analysieren, ist es wichtig, dass wir uns den Akteuren im Bereich von Kunst und Kultur und, etwas weiter gefasst, den sogenannten Kreativen zuwenden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Gegenthese wird von der kritischen Gegenöffentlichkeit in Medien wie *Freitag*, der *Jungen Welt*, aber auch der *Zeit* vertreten und mündet, grob umrissen, in dem Vorwurf, die Kultur- und Kreativwirtschaft sei letztendlich das Versuchsfeld ebendieser veränderten, hochflexiblen, marktradikalen Politik. Ein Zitat von Thomas Wagner aus der *Jungen Welt* vom 5. Mai 2007:

Mit dem schillernden Begriff der „Kreativität“ werben Exlinke ... für die restlose Zerstörung des Sozialstaates.

Als Beleg wird angeführt, dass in der Kulturwirtschaft Prototypen prekärer Beschäftigungsverhältnisse dominieren:

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Du lieber Gott!)

atypische Beschäftigungsverhältnisse, unregelmäßige Arbeitszeiten, kurzzeitige Anstellungen, Mehrfachanstellungen.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das ist halt kreativ!)

Der hohe Prozentsatz der Selbstständigen wurde erwähnt: Etwa 25 Prozent der auf diesen Feldern Tätigen sind selbstständig, die Mehrheit allerdings Kleinst- und Kleinunternehmer mit geringem Einkommen. In der Argumentation derjenigen, die das kritisch betrachten, erhebt die Politik mit der positiven Bewertung der Kultur- und Kreativwirtschaft ebendiese ausgeformten Beschäftigungsverhältnisse zum Vorbild und verbrämt sie letztendlich in einem modischen Gewand.

(Jörg Tauss [SPD]: Da wird man ja ganz depressiv, wenn man solche Artikel liest! – Gegenruf des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ich auch! – Weiterer Gegenruf des Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Aber es ist berechtigt, sich damit auseinanderzusetzen! Mach weiter, Siggii!)

Auch wenn wir uns hier einig sind, liegt mir sehr daran, zumindest einige der kritischen Einwände, mit denen wir uns auseinandersetzen haben, anzuführen. So ganz von der Hand zu weisen ist das alles ja nicht. Die wirtschaftliche Situation insbesondere der Künstlerinnen und Künstler ist in der Tat sehr problematisch.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das ist deprimierend!

Wir wissen das auch aufgrund anderer Arbeiten, zum Beispiel aus den Daten der KSK.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Der Künstlersozialkasse!)

– Der Künstlersozialkasse, schönen Dank. Es ist immer gut, wenn man einen Stichwortgeber hat. – Danach verdienen sie im Durchschnitt etwa 11 000 Euro im Jahr. Allerdings gibt es starke Schwankungen; es gibt natürlich Felder, in denen ein Vielfaches erzielt wird.

Trotzdem besitzen Kulturberufe eine große Anziehungskraft. Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl wurde kurz umrissen: In den letzten zehn Jahren sind dort etwa 200 000 Beschäftigte hinzugekommen. Das Wachstum beträgt 3,6 Prozent. Ich nenne nur eine Berufsgruppe: In diesen zehn Jahren hat sich alleine im Sektor der Designer und Grafiker die Zahl der Beschäftigten verdoppelt. 25 Prozent sind selbstständig.

Wenn dies alles so problematisch ist, dann ist es doch ganz interessant, zu fragen, was eigentlich die Motive dafür sind, dass sich die Menschen auf diesen Feldern in die Selbstständigkeit begeben. Ich zitiere das Institut für Medienforschung in München – das sieht gar nicht so depressiv aus –:

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ja!)

58 Prozent derjenigen, die sich bewusst für diesen Beruf entschieden haben, sind froh, dass sie die Inhalte ihrer Arbeit und auch die Arbeitszeit sehr stark selbst bestimmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/ CSU und der FDP – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Na bitte!)

Allerdings ist auch zur Kenntnis zu nehmen, dass 32,5 Prozent der Selbstständigen aussagen, dass sie deshalb selbstständig sind, weil sie keine Anstellung finden. Diese Zahl ist zu hoch. Trotzdem ist zu erkennen: Etwa 60 Prozent wählen mit voller Inbrunst und Überzeugung die Selbstständigkeit in diesen Berufen.

Natürlich sind nicht alle Menschen für die Anforderungen und Herausforderungen in diesen Berufsfeldern geeignet. Allerdings werden die künstlerisch-kreativen Berufe immer beliebter. Viele Menschen entscheiden sich bewusst für den Beruf und sehen die Arbeitsbedingungen auch als Vorteil an.

Insofern gibt es ein großes Spannungsfeld: auf der einen Seite interessante Märkte mit großen Potenzialen, auf der anderen Seite häufig problematische Arbeits- und Lebensverhältnisse der Beschäftigten. Aus diesem Spannungsverhältnis folgt das Politikkonzept, das wir hier gemeinsam erarbeitet haben. Wir wollen diesen Zustand nicht sich selbst überlassen, sondern zu einer gestaltenden Politik kommen. Auf der einen Seite wollen wir im Sinne einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung die Sektoren der Kultur- und Kreativwirtschaft dynamisieren; auf der anderen Seite wollen und müssen wir den dort Beschäftigten aber auch faire Bedingungen eröffnen. Diese Aufgabe müssen wir anpacken.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Hier setzen wir an, indem wir mindestens drei Punkte ansprechen und mit konkreten Anregungen hinterlegen: Es geht um Existenzförderung, um Existenzsicherung und letztendlich auch um die soziale Absicherung der unterschiedlichen Lebensrisiken. Die Künstlersozialkasse wurde genannt. Das ist ein ganz wichtiger Ansatz. Es ist aber auch zu prüfen, inwieweit wir dort mit den Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik – SGB II und SGB III – flankierend tätig werden können.

Insofern bin ich davon überzeugt – die kritische Gegenöffentlichkeit nicht ignorierend, sondern ihr gegenüber argumentierend –, dass wir den positiven Aspekten mit diesem Politikkonzept, das dem Antrag zugrunde liegt, in vollem Umfang Rechnung tragen. Wir sitzen hier nicht einem Hype auf, sondern wir packen das Ganze an, indem wir versuchen, kultur-, wirtschafts- und sozialpolitische Ordnungsrahmen zu schaffen, um den Menschen in diesen Feldern Perspektiven zu bieten und insbesondere unserer Ökonomie Zukunftsfelder zu eröffnen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE] und der Abg. Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum Abschluss noch ein Gedanke zum Thema politische Gestaltung. Die politische Gestaltung bedarf der Institutionalisierung. Kultur- und Kreativwirtschaft bedeuten einerseits Kunst und Kultur und andererseits sehr komplexe Wertschöpfungsketten. Vom Doppelcharakter der kulturellen Güter und Dienstleistungen wurde bereits gesprochen. Sie sind auf der einen Seite Träger von Ideen und Wertvorstellungen, auf der anderen Seite aber auch Waren auf Märkten; hier geht es um Eigenwert und Wirtschaftsgut. Diese starken wechselseitigen Beziehungen finden sich in den Feldern, die wir unter dem Aspekt öffentlich geförderter Kulturpolitik betreiben, aber auch in den Feldern der Wirtschaftsförderung wieder. Weil Kultur- und Kreativwirtschaft unter diesem Betrachtungswinkel eine Querschnittsaufgabe ist, müssen wir auch im Parlament darüber nachdenken, wie wir diese Aktivitäten in der Zukunft begleiten.

Die Bundesregierung hat sich darauf eingestellt, diese Themen in den betroffenen Häusern – wie heißt das so schön? – seriell zu bearbeiten, indem man Vorlagen und Berichte durch die Fachausschüsse jagt. Ich finde, gerade die gemeinsame Erarbeitung dieses Themas durch die Kultur- und Wirtschaftspolitiker der Fraktion hat gezeigt, dass auch die direkte Kommunikation einen hohen Wert hat. Wir haben ein Feld, das sehr stark und unstrittig der Kultur- und Kreativwirtschaft zuzuordnen ist: den Unterausschuss Neue Medien.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Meine Anregung ist, ob wir uns nicht darauf verständigen können, die koordinierenden Aufgaben unterhalb der Ebene der Fachausschüsse diesem Ausschuss zuzuordnen, um eine fachlich breite, intensive und direkte Kommunikation in einem sehr anspruchsvollen Thema zu ermöglichen und unserem eigenen Anspruch Nachhaltigkeit zu vermitteln.

Insofern haben wir gemeinsam etwas Vernünftiges auf den Weg gebracht. Jetzt liegt es auch an uns, das mit Leben zu füllen, damit wir vielleicht in einigen Jahren eine sehr gute Bilanz ziehen können. Es kommt auch darauf an, dass wir die unterschiedlichen Politikebenen der Länder, aber auch auf Europa blickend, miteinander verknüpfen, um unserem Anspruch gerecht zu werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und der Abg. Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Dieter Dehm, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Meine Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: Wir stimmen weder gegen den Antrag zur Popmusik noch gegen den zur Kulturwirtschaft. Es geht uns um humanistische Kreativitätserhaltung.

Mit die bedeutendsten Musiker Deutschlands von Kunze bis Lindenberg fordern seit langem eine Rundfunkquote für deutsche Songs. Die Franzosen erleben seit dieser Quote ein Aufblühen ihrer Popszene. Unsere Rockmusiker fordern dies nicht, um Deutschtümelei zu betreiben oder Musik aus Afrika oder Lateinamerika zu behindern, sondern um die US-Übermacht am Weltmarkt wenigstens etwas einzudämmen.

Einige Kolleginnen und Kollegen wissen, dass ich mit US-Künstlern und deutschen Bands arbeite. Lassen Sie mich daher einige Beispiele nennen. Die niedersächsische Tonträgerfirma SPV. Sie gilt als das mittelständische Paradebeispiel und steht im Ranking sogar vor US-Majors.

(Jörg Tauss [SPD]: Jetzt kommt aber nicht der Werbeblock!)

Aber auch SPV kann bei der Preisdrückerei von Ketten wie Saturn und Media-Markt oft nicht mithalten, weil ihr kreativer Kostenanteil von 2,40 Euro an einem Händlerabgabepreis von 3 bis 4 Euro zu hoch ist.

Wohl bemerkt: Auch ich liebe Springsteen, Cat Stevens, Yusuf Islam und Billy Talent – das ist jetzt der Werbeblock –; aber durch die angloamerikanische Weltsprache im Pop verteilen sich die Kreativkosten der US-Konzerne über den gesamten Globus auf wenige Cent pro CD. Deutsche Firmen wie SPV zahlen aber das 30- bis 300-Fache. Wenn eine Plattenfirma hierzulande also nicht nur als Importagentur, sondern auch als Talentförderin agiert, gerät sie in die existenzielle Kostenzange zwischen CD-Piraterie und Media-Markt-Erpressung.

In seiner gegenwärtigen Gestalt bedroht der internationale Unterhaltungsmarkt die regionalen kulturellen Wurzeln nicht nur bei uns. Ich danke für die diesbezüglichen Hinweise des Kollegen Ehrmann.

Die Kölner Band „Brings“ oder die deutschsprachigen Rapper der Band „Microphone-Mafia“, die aus Türken und Italienern besteht, gehören rein handwerklich zur Weltspitze, bleiben aber im Rheinland hängen. Sie können sich dort einigermaßen reproduzieren, weil das Rheinland kaufkraftstark ist. Ganz anders sieht es aber bei der Thüringer Band „Emma“ aus dem Eichsfeld aus, wo eine immense Arbeitslosigkeit und eine ganz geringe Kaufkraft zu verzeichnen sind, auch an der Kartenkasse. Jedes Bandmitglied muss täglich zehn Stunden – etwa am Bau – arbeiten und daneben proben und auftreten. Für diese Bands wäre es wichtig, etwa in einer bundesweiten Messe der regionalen Popmusik zusammenzukommen und vor neuem, überregionalem Publikum zu spielen, mitgetragen von Rundfunkanstalten, Bund und Ländern.

Wie sind denn die Grönemeyers, Niedeckens, Lages, Karats oder Kunzes aufgestiegen? Damals gab es das „Haus der jungen Talente“ und eine große Zahl von Folkclubs und soziokulturellen Zentren, in denen sie noch als Liedermacher oder in ganz kleiner Besetzung Aug' in Aug' mit dem Publikum ihre Pointen, Lyrik und Gitarrenriffs wie in einem Laboratorium abprüfen konnten.

Mit dem Kaputt Kürzen des Sozialstaats wurden dann aber auch Clubs und Musikschulen zugemacht. Heute ist Musikausbildung oft nur dickeren Portemonnaies vorbehalten. Gleichzeitig wurden Fernsehplätze für kritische Lieder – ich denke an den *Liederzirkus* mit Michael Heltau, an *Lieder und Leute* und anderes – gestrichen.

Was aber heute groß da steht, sagt der Liedermacher Maurenbrecher, hat stets winzig angefangen. Der kleine „Club Voltaire“ zwischen den Frankfurter Bankhochhäusern und das kleine „Gartenhaus“ oder der „Jazz-Club“ in Hannover standen zwar an der Wiege großer Künstlerentwicklungen, aber ihre Existenzangst ist bis heute geblieben. Neben den Linken in Niedersachsen und Hessen sind auch Sie alle aufgerufen, hier konkret zu helfen.

Ich bin als Texter, Komponist und Verleger jeweils Vollmitglied der GEMA. Lassen Sie mich aber auch von hier aus an die GEMA appellieren. Dass die GEMA unser Urheberrecht schützt, ist gut. Dass die GEMA kleinen Vereinen im Sport, im Karneval oder im Kleingarten horrende Strafsummen aufbrummt, wenn diese mal Musik einspielen, ist jedoch grundfalsch.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ohne unsere Vereine ist Kulturleistung, auch die der GEMA, in Deutschland nicht überlebensfähig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Fehler – Herr Kollege Börnsen hat vorhin meine Kollegin Lukrezia Jochimsen ausdrücklich gelobt; aber bei der Einbringung des Antrags waren wir plötzlich draußen –, dass Sie die Linke als einzige Partei aus der Einbringung Ihres Antrags ausgegrenzt haben, auch wegen des großen Potenzials an Rockmusikern, Theaterleuten, Kabarettisten, Autoren, die uns Linke und andere bei außerparlamentarischen Aktivitäten, etwa von Gewerkschaften, Greenpeace und der Friedensbewegung, unterstützen.

Ihre Anträge müssen noch mit konkretem Leben gefüllt werden. Warum nicht bei mehr offiziellen Feierlichkeiten Popmusik aus den Regionen mit einbeziehen? Der „Starclub“ der Beatles in Hamburg ist abgerissen. Aber die Burg Waldeck gibt es noch, wo viele ihren Anfang nahmen, wie Katja Ebstein, Hannes Wader, Konstantin Wecker und Reinhard Mey. Oder können wir nicht die ersten Auftritts- und Probenräume unserer großen Songkünstler, wie Gundermann und Nina Hagen, durch Denkmalschutz finanziell stabilisieren und gleichzeitig die Probenräume, Studios und Vermarktungsmöglichkeiten junger Bands fördern?

Warum generieren wir nicht auch Gedenktage völlig neuer Art, zum Beispiel den Todestag von Rio Reiser, oder im Juni 2009 zum 30. Jahrestag des Bestehens von *Rock gegen Rechts*, das 1979 in Frankfurt immerhin einen NPD-Bundesparteitag verhindert hat? Oder zum 25. Jahrestag der großen Friedenskundgebung mit Willy Brandt und vielen Künstlern im Bonner Hofgarten? Es gäbe auch offizielle Möglichkeiten, sich solch großartiger Volkskünstler wie Karl Valentin und Wolfgang Neuss gemeinsam mit jungen Kabarettisten zu erinnern und in diesem Zusammenhang endlich den politischen Rundfunkboykott gegen die Altmeister des deutschen Chansons Franz Josef Degenhardt und Dieter Süverkrüp oder gegen den mutigen Hannoveraner Kabarettisten Dietrich Kittner nach 30 Jahren zu beenden.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Warum erwähnst du Biermann nicht?)

– Auch der wird zu wenig im Radio gespielt. Ich erwähne ihn gerne, wenn du mich darauf ansprichst.

Lassen Sie uns also diese Anträge nur als Anfang verstehen, in einen Prozess einzutreten, bei dem wir zuhören, vor allem den Künstlerinnen und Künstlern, auch dort, wo diese ihre sozialen Arbeitsbedingungen und die Lohnsituation ihrer potenziellen Kunden in ihren Liedern und Interviews problematisieren. Hören Sie auf, auch dort, wo Sie in Aufsichtsräten sitzen, Linke und linke Künstler aus dem Rundfunk, aus dem Kulturdiskurs oder aus solchen Anträgen wie heute auszugrenzen!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe der Kollegin Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Es gehört immer dazu, dass erst einmal davon geredet wird, wer ausgegrenzt ist. Ich finde, an dieser Stelle muss man ganz klar sagen:

Diejenigen, die einen Antrag zum Thema Kulturwirtschaft gestellt haben, haben sich zusammengetan und überlegt, ob sie einen gemeinsamen Antrag zustande bringen. Von der Linken gab es keinen Antrag. Deswegen kann da von Ausgrenzung nicht die Rede sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Warum stehen wir nicht unter dem Antrag?)

Insofern ist dieser Vorwurf wirklich völlig verfehlt.

Wir haben schon in der letzten Legislaturperiode – leider nicht mit Ihrer Beteiligung – über eine Quote für deutsche Musik diskutiert.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: „Leider“ ist richtig!)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Es geht hier um die Freiheit,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

darum, dass wir in einer multikulturellen Gesellschaft leben und dass wir mit einer Quote ganz bestimmt nicht weiterkommen; das ist von vorgestern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine Quote hatten wir in der DDR.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das haben die Franzosen!)

Aufgrund meiner persönlichen Erfahrung darf ich Ihnen sagen: Ich fand das als Jugendliche furchtbar, schrecklich. Das brauchen wir nicht wieder.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben die soziale Situation der Künstlerinnen und Künstler angesprochen, gerade der kleinen. Wir streiten mit unserem Kulturwirtschaftsantrag für eine Verbesserung der sozialen Situation. Ich finde, hier gibt es ein großes Feld politischer Betätigung, um das wir uns dringend kümmern müssen. Gerade die kleinen Künstler und Künstlerinnen, die kleinen Kreativen in der Kreativwirtschaft brauchen mehr Unterstützung, und zwar auf allen Ebenen, sowohl in der Kulturwirtschaft als auch in der Arbeitsmarktpolitik.

Vor ungefähr einem Jahr begann die Kulturwirtschaft, im Bundestag eine Rolle zu spielen. Wir haben eine Kleine Anfrage zu diesem Thema an die Bundesregierung gerichtet. Damals war von Regierungsseite zu diesem Thema noch nicht sehr viel zu hören. Mittlerweile gibt es einen kreativen Wettbewerb zwischen Kulturstaatsminister und Wirtschaftsminister. Ich finde das gut. Ich nehme an, dass die Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker am Ende eine Jury benennen werden, die dem Kreativsten der beiden einen Orden verleihen wird. Dieser Wettbewerb ist auf jeden Fall gut und sorgt dafür, dass bei der Förderung der Kulturwirtschaft mehr passiert.

(Beifall der Abg. Krista Sager [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Die lange Zeit etwas undurchsichtige Initiative „Kultur und Kreativwirtschaft“ des Wirtschaftsministeriums, die kürzlich öffentlich gemacht wurde, enthält zum großen Teil Punkte, die im Kulturausschuss von den Fraktionen erarbeitet wurden. Als Kulturpolitiker können wir sagen: Liebes Wirtschaftsministerium, ihr dürft gern weiter von uns abschreiben; das ist sehr fundiert und macht viel Spaß in der Zusammenarbeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: So können wir das machen!)

In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob diese Initiative mehr als nur Round Tables und Tagungen hervorbringt. Wir werden sehr genau darauf achten, ob Tatsachen geschaffen werden und ob mehr passiert als während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, bei der viel diskutiert, aber wenig gehandelt wurde. Die Zeit ist reif, zu handeln.

Uns geht es vor allem um die Klein- und Kleinstunternehmen; darauf wurde schon hingewiesen. Die von uns in Auftrag gegebene Studie „Kultur- und Kreativwirtschaft – aktuelle Trends unter besonderer Berücksichtigung der Kreativszene“ zeigt, dass gerade die Kleinen maßgebliche Ideen- und Impulsgeber für die Kreativwirtschaft sind. Da ist das Potenzial; da passiert das Neue; da wird ausgedacht und ausprobiert. Das ist nicht nur für die Kulturwirtschaft wichtig, sondern auch für viele gesellschaftliche Prozesse, die dort ausprobiert werden können.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Auch in der Politik!)

– Auch für politische Prozesse. – Darauf können wir stolz sein. Aber das müssen wir auch unterstützen. Gerade hier entstehen auf experimentelle Weise kulturelle Erzeugnisse. Hier werden Prototypen der Kultur- und Kreativproduktion entwickelt. Die Anzahl solcher Mikrounternehmen steigt zwar, wie wir gelernt haben; ihre Umsätze nehmen allerdings ab. Das zeigt, dass hier ein Missverhältnis besteht. Dem müssen wir begegnen.

Diese Klein- und Kleinstunternehmen besitzen oftmals ein schwach entwickeltes wirtschaftliches Potenzial und tragen nur selten zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze bei. Deswegen fallen sie häufig aus der Arbeitsmarktförderung heraus. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die an die Existenz- und Arbeitsbedingungen dieser Mikrounternehmen angepasst sind. Wir müssen etwas Neues schaffen, damit hier die Kreativität weiter wirken kann, damit wir etwas davon haben und damit die gesellschaftlichen Impulse weitergehen können.

Ein weiterer wichtiger Punkt. Künstlerinnen und Künstler dürfen nicht nur als Unternehmerinnen und Unternehmer verstanden werden. Wir dürfen Kultur nicht nur nach ihrer Verwertbarkeit beurteilen. Kultur hat eben auch jenseits dieser Verwertbarkeit einen Wert, und Künstlerinnen und Künstler müssen, sollen, dürfen Unnützes und Überflüssiges produzieren. Nur dann können sie weiter kreativ sein. Auch das muss in dieser wirtschaftlich geprägten Debatte sehr deutlich gesagt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jörg Tauss [SPD]: Unbestritten!)

Es kommt gleichzeitig darauf an, Kunst- und Kulturschaffenden zu ermöglichen, von der Kunst leben zu können. Auch das hat etwas mit der Wertschätzung ihrer Arbeit zu tun. Ich will deutlich machen, dass gerade die Kleinen und Kreativen von Fördermöglichkeiten wissen müssen, dass sie Erstinformationen über kulturrelevante europäische Förderfonds und über die Förderprogramme bekommen, die wir haben. Oftmals haben sie nicht die Möglichkeit, sich an jemanden zu wenden, der tatsächlich weiterhelfen kann. Hier brauchen wir mehr Transparenz.

Zum Thema Popmusik einige wenige Worte an dieser Stelle. Wir werden uns bei dem Antrag enthalten.

(Monika Griefahn [SPD]: Das finde ich aber schade!)

Warum? Wir finden, es macht keinen Sinn, wieder nur die Majorfirmen an den Tisch zu bitten. Es fehlen die kleinen Independent Labels, die kleinen Unternehmen, die innovative Stile entwickeln. Auch inzwischen so bekannte Musiker und Bands wie Clueso oder Tocotronic haben ihre ersten Veröffentlichungen bei unabhängigen Labels herausgebracht. Clueso tut das noch heute mit seiner Hausagentur Zughafen. Berliner Techno, der inzwischen auch von der CDU als Standortfaktor gefeiert wird, wurde auch nicht von den Majorlabels erfunden, sondern von kleinen, unabhängigen Produzenten und Vertrieben. Sie sollten noch einmal darüber nachdenken, ob Sie die nicht mit an den Tisch holen, wenn es um die Initiative zur Popmusik geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Letzter Satz: Ich möchte mich ganz herzlich für die Initiative von Frau Pawelski bedanken. Die Zusammenarbeit war wirklich sehr fair und sehr gut. Sie haben das sehr kompetent gemacht. Ich freue mich jetzt sehr auf Ihre Rede.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Damit gebe ich das Wort der Kollegin Rita Pawelski, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Rita Pawelski (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Erst einmal ganz herzlichen Dank für die netten Worte. Es ist selten, dass man hier von allen Seiten gelobt wird.

(Jörg Tauss [SPD]: Was haben Sie denn mit denen gemacht?)

– Herr Tauss, jetzt sagen Sie doch auch einmal etwas Nettes.

(Jörg Tauss [SPD]: Ich durfte nicht dabei sein!)

Es hat mir Spaß gemacht, mit Ihnen gemeinsam Ideen zu entwickeln. Für uns stand ganz oben auf der Agenda die Idee, der Kultur- und Kreativwirtschaft den Stellenwert einzuräumen, den sie wirklich verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es war die Idee, alle Kreativen und Kulturschaffenden unter einem Dach zu vereinen, sie stark zu machen und sie endlich aus dem Schattendasein herauszuholen. Die Kulturwirtschaft befindet sich zurzeit in einem Dornröschenschlaf. Sie ist stark. Die Zahlen beweisen es doch, sie wurden genannt. Der Umsatz der Kulturwirtschaft hat längst die Grenze von 100 Milliarden Euro überschritten, sie hat mit über 815 000 Mitarbeitern mehr Beschäftigte als das Kreditgewerbe und schon mehr als die Automobilindustrie. Das sind doch unglaublich beeindruckende Daten.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft steht jetzt wieder häufiger im Fokus von Kongressen und Konferenzen. Die Berichterstattung in den letzten Monaten hat zugenommen. Kultur ist ein beliebter Werbeträger für Länder, für Städte, aber auch für Unternehmen. Vor kurzem las ich in einem Magazin: Investieren Sie in Kultur! Sie gewinnen Sympathie, Kunden, neue Märkte. – Das belegt diesen positiven Trend und zeigt, Kultur und Wirtschaft sind keine Gegensätze; im Gegenteil, sie ziehen sich an, sie brauchen sich gegenseitig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Für die Wirtschaft ist Kultur doch eine äußerst interessante Plattform. Wirtschaft verdient nicht nur mit oder an Kultur, Wirtschaft fördert auch Kultur. 40 Prozent der Unternehmen fördern Kunst und Kultur; für sie ist Sponsoring eine Investition in die Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Das ist gut, aber wir müssen die enormen Potenziale dieser Branche noch besser nutzen. Unser Antrag soll helfen, die Kräfte zu entfalten, und er soll dazu beitragen, das Bewusstsein in der Öffentlichkeit zu schärfen.

Jedes Buch hat einen Titel, jede Marke ihr Zeichen, jedes Ding hat einen Namen, nur die Branche der Künstler und Kreativen bislang nicht. Weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene gibt es eine einheitliche offizielle Bezeichnung. Überall benutzt man für Kreativwirtschaft oder für Kulturwirtschaft ein anderes Wort; es gibt keinen einheitlichen Begriff. Das haben wir gemeinsam geändert. Diese große kreative Branche soll sich künftig unter dem Begriff „Kultur- und Kreativwirtschaft“ darstellen. Das ist ein erster wichtiger Schritt; denn wer keinen richtigen Namen hat, kann nicht richtig werben.

Wir wollen, dass dazu auch die Werbe- und Softwareunternehmen gehören. Ohne diesen riesigen Wachstumsmarkt wäre die Kultur- und Kreativwirtschaft ein Torso, ein amputierter Riese. Diese Unternehmen gehören dazu!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber die vielen kleinen bunten Steine, die das große Mosaik oder das große Bild der Kultur- und Kreativwirtschaft zum Leuchten bringen, sind die vielen Freiberufler, die Klein- und Kleinstunternehmen. Darauf haben schon fast alle Redner hingewiesen. Diese Unternehmen erzeugen – oft auf experimentelle Weise – Kultur und Kreativität. Sie nehmen kulturelle Trends auf und entwickeln sie erst. Sie entwickeln Prototypen. Sie sind die zentrale Triebkraft. Sie wollen etwas bewegen. Doch gerade sie werden oft blockiert. Sie scheitern allzu oft – an Bürokratie, an nicht vorhandenen finanziellen Mitteln. Herr Dehm, Sie haben eben deutlich gemacht, dass es sich häufig um brotlose Kunst handelt. Dieser Begriff ist durchaus zutreffend, gerade für die Kleinstunternehmen. Es fehlt an Beratung und an mangelnder ideeller Unterstützung.

Mit unserem Antrag schaffen wir für sie bessere Rahmenbedingungen. Wir stärken sie. Wir geben ihnen den Schwung, den sie brauchen, um schöpferisch und kreativ tätig zu sein, um sich zu entwickeln. Wir wollen, dass Existenzgründer, dass Klein- und Kleinstunternehmer der Kultur- und Kreativwirtschaft stärker unterstützt und gefördert werden: Sei es durch die Überprüfung und Anpassung der Förderinstrumente auf nationaler und europäischer Ebene. Sei es durch bessere Beratungs- und Finanzierungsangebote – da muss viel nachgebessert werden. Sei es durch die Schaffung von Kompetenzagenturen. Oder sei es durch die Auslobung eines Gründerwettbewerbs „Kultur- und Kreativwirtschaft“.

Wir wollen den Dialog zwischen Kultur und Politik intensivieren. Die unter Vorsitz von Gitta Connemann tagende Enquete-Kommission ist da schon auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Bericht dieser Kommission wird im nächsten Monat vorgestellt. Wir dürfen nicht lockerlassen. Wir müssen weiter miteinander reden.

Wir wollen, dass die Bundesregierung ein Querschnittsreferat „Kultur- und Kreativwirtschaft“ einrichtet. Es ist gut, dass Kulturstaatsminister Bernd Neumann und Wirtschaftsminister Michael Glos eine gemeinsame Initiative „Kultur- und Kreativwirtschaft“ starten. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin mir sicher: Alles, was wir hier heute beschließen, ist nicht nur Rückenwind für die Kreativen, für die Kulturschaffenden. Wir schaffen damit auch zusätzlich Wachstum und Beschäftigung.

2009 ist das europäische „Jahr der Kreativität“ geplant. Wir möchten, dass die Bundesregierung zusammen mit den Ländern einen nationalen Aktionsplan „Kultur- und Kreativwirtschaft“ erarbeitet.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Guter Vorschlag!)

Denn dieses Ereignis soll auch in unserem Land mit Leben erfüllt werden. Es soll hier Wirkung zeigen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin!

Rita Pawelski (CDU/CSU):

Der Theatermanager August Everding hat einmal gesagt:

Kultur ist keine Zutat, Kultur ist der Sauerstoff einer Nation.

Lassen Sie uns diesen Sauerstoff genießen – gemeinsam!

Ich danke Ihnen ganz herzlich.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort zu einer Kurzintervention gebe ich dem Kollegen Koppelin.

Jürgen Koppelin (FDP):

Bei dieser Debatte fällt mir auf, dass trotz der großen Einigkeit, die bei dem Thema quer über die Fraktionen hier herrscht, sich beide Redner der Union anscheinend ein bisschen genießen, was den Antrag zur populären Musik angeht.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Das mache ich gleich! – Gegenruf des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Der Popspezialist!)

Das kann man eigentlich auch verstehen. In beiden Beiträgen wurde nichts dazu gesagt. Der Punkt steht aber mit auf der Tagesordnung.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Warte ab, Jürgen!)

Deswegen möchte ich gern ein paar Anmerkungen machen; Sie können nachher vielleicht noch darauf eingehen.

Richtig ist, dass die Initiative von einem Kollegen aus dem Haushaltsausschuss gekommen ist. Nun sind Initiativen aus dem Haushaltsausschuss eigentlich grundsätzlich nicht falsch.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Wo ist der Kollege eigentlich?)

– Der Haushaltsausschuss tagt. Ich bin extra wegen dieses Punktes hierhergekommen.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Erst zuhören, dann reden! Das ist fair!)

– Lassen Sie mich das doch einfach sagen! Sie haben die Möglichkeit, zu antworten. Sie sind ja bekannt dafür, dass Sie gern dazwischenrufen.

Vielleicht mal in aller Ruhe: Der Antrag hat erhebliche Mängel, weil er in keiner Weise auf die Verantwortung derjenigen eingeht, die mit Musik, auch mit populärer Musik, Geld verdienen.

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Das ist die GEMA, und das sind die Musik-Companys. Die sind überhaupt nicht eingebunden. Deswegen hat dieser Antrag nach meiner Auffassung einen großen Fehler.

Der dritte Bereich ist ebenfalls nicht eindeutig erwähnt. Die Debatte haben wir hier auch schon einmal geführt. Wo ist eigentlich der öffentlich-rechtliche Rundfunk und sein Kulturauftrag?

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE] – Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Dazu steht was drin! Lesen Sie!)

Es darf nicht sein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nur eine Abspielstation für irgendwelche Hits ist; das wäre verhältnismäßig einfach. Er hat den Kulturauftrag, auch junge Talente zu fördern.

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Wenn wir alle insofern Druck machen würden, könnten wir für junge Talente etwas erreichen.

(Monika Griefahn [SPD]: Das steht im Antrag!)

Das war meine Bitte.

Insofern ist dieser Antrag der Union mit erheblichen Mängeln behaftet.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE] – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das war ganz peinlich!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Pawelski, Sie können antworten.

Rita Pawelski (CDU/CSU):

Verehrter Herr Kollege, ich kann Ihre Ungeduld verstehen, aber wir haben drei Redner auf der Liste. Ein Blick auf die Rednerliste hätte gereicht, um zu sehen, dass der Kollege Günter Krings noch reden wird, und zwar genau zu dem Thema, das Sie angesprochen haben. Man kann abwarten. Man muss sich einfach in Geduld üben und zuhören. Ich will an der Stelle zu dem Thema jetzt nichts mehr sagen, weil wir einen sehr kompetenten Kollegen haben, der Ihnen das alles gleich erzählen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Der Popbeauftragte der Union!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Kollegin Monika Griefahn, SPD-Fraktion.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Die kennt sich aber auch aus! – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Die kann auch singen!)

Monika Griefahn (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht mir genauso: Wir haben uns das auch aufgeteilt. Der Kollege Ehrmann hat zu den kulturwirtschaftlichen Anträgen gesprochen, und ich werde jetzt etwas zum musikwirtschaftlichen Antrag sagen.

Kollege Koppelin, wenn Sie den Antrag gelesen hätten, wüssten Sie: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kommt explizit darin vor: Wir wollen neue Formate mit ihm gemeinsam entwickeln und fördern.

Herr Kollege Otto, Sie haben, um das gleich vorwegzunehmen, gesagt, dass Sie Steuervergünstigungen für die Musiker besser fänden als ein solches Förderkonzept.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Nein, nein! Nichts da! Das habe ich nicht gesagt! Einfach die allgemeinen Steuern senken! Die Steuerlast insgesamt senken!)

Dazu kann ich nur sagen: Bei den Musikern, die 11 000 Euro im Jahr verdienen, sind Steuererleichterungen nicht so hilfreich. Da braucht man praktische Dinge.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deutschland ist nicht nur bekannt als Land der Dichter und Denker, sondern wir haben auch große Musiker und Komponisten. Ich finde es toll, dass wir das Erbe von Bach bis Schönberg heute immer noch aktiv erleben können. Wir haben gestern gerade den Genuss erlebt,

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ja, wunderbar!)

in Weimar eine Barockoper von 1774, Alceste, wiederaufgeführt zu sehen. Es ist sehr gut, dass sich jemand dessen annimmt.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das wird durch den Antrag aber nicht gefördert, oder?
– Gegenruf des Abg. Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Das ist nicht populär!)

– Das ist nicht von dem Antrag gefördert, nein; aber ohne die öffentliche Förderung von Orchestern, von Konzert- und Opernhäusern würde die musikalische Ausbildung nicht stattfinden können und würde auch die Kenntnis davon nicht vorhanden sein.

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir diese Förderung betreiben.

Wenn wir genau hinschauen, stellen wir fest, dass gerade die Förderung von Bundesseite bislang vorwiegend in den Bereich der etwas älteren Musik geflossen ist. 15 Millionen Euro gehen ausschließlich in Projekte der klassischen Musik, und nur 500 000 Euro sind im Moment ausschließlich für Projekte im Rock-, Pop- und Jazzbereich vorgesehen. Wir sind uns einig, dass wir uns für populäre Musik noch mehr engagieren müssen, weil wir sonst große kulturelle und wirtschaftliche Chancen verpassen, weil wir jungen Leuten eine Chance geben wollen, weil wir auch Bands eine Chance geben wollen.

Frau Göring-Eckhardt, Sie haben gesagt, gerade die Kleinen kämen nicht vor. Das wollen wir gerade mit der „Initiative Musik“ ändern. Wir wollen uns ganz konkret Maßnahmen vornehmen, und ich werde sie gleich aufzählen.

Stellen wir uns einmal vor, wie das vor einigen Jahren noch war! Adorno hat populäre Musik Ende der 40er-Jahre noch geringschätzig als kommerzielle Massenware abgekanzelt. Heute sind Rock, Pop und Jazz für unsere Kultur und für unsere Gesellschaft eben nicht zu leugnen. In den letzten hundert Jahren hat jede Zeit und jede Generation ihren kulturellen Ausdruck gerade auch in Musik gefunden. Ich nenne nur Charlie Parker, Jimi Hendrix, die Beatles und Kraftwerk, oder man muss sich die elektronische Musik und die heutige Vielfalt von Techno bis hin zu Soul anschauen. Diese große Vielfalt ist genauso Bestandteil unseres kulturellen Lebens wie Wagner oder Brahms.

Deswegen bin ich froh darüber, dass auch für das Jahr 2008 wieder 1 Million Euro für die „Initiative Musik“ zur Verfügung stehen. Ob dieser Betrag ausreicht oder erhöht werden muss, müssen wir abwarten. Die „Initiative Musik“ muss sich erst einmal beweisen und die notwendigen Instrumente entwickeln. Die Szene ist höchst lebendig und kreativ. Sie ist unheimlich schnell und vielfältig. Deswegen brauchen wir auch clevere Ansätze, um mit dem Geld die richtigen Anreize zu setzen.

Ich möchte zum Beispiel keine Projekte unterstützen, in denen Bands und Musikern im Internet eine Plattform gegeben wird. Das können die selber, da sind sie meistens besser und schneller als wir, und das müssen wir daher nicht fördern. Aber bei vielen anderen Dingen brauchen die jungen Musiker wirklich Hilfe. Ich will als Beispiel das Radio erwähnen. Es gibt einen Unterschied zwischen Livemusik und Rundfunk. Die Konzerte vieler deutscher Bands sind regelmäßig ausverkauft, die CD-Verkäufe erreichen einen hohen Stand, sie sind häufig in den „Top 20“, aber im Radio werden sie nicht gespielt. Es geht hier eben nicht nur um die Altvorderen wie Grönemeyer oder Marius Müller-Westernhagen, sondern hier geht es um junge Bands, die in Konzertsälen hier in Berlin oder auch auf dem flachen Land erfolgreich sind. Deswegen wollen wir mit dem Rundfunk neue Formate auf die Beine stellen, um Nachwuchsgruppen eine Plattform zu bieten, um sie zu unterstützen.

Eine andere Idee ist die Tourbusförderung. Junge Bands erzählen mir immer wieder, sie würden gern viel mehr durch Deutschland und Europa fahren, um Konzerte zu spielen. Gerade Nachwuchsgruppen wollen damit gar nicht das große Geld verdienen, sondern sich bekannt machen. Das scheitert aber meistens an den Reisekosten und nicht daran, dass sie kein großes Auftrittsgeld kriegen. Oft wissen sie gar nicht, wie sie überhaupt dahin kommen sollen, und wenn sie sich vor Ort dann noch teuer einmieten müssen, ist das ein weiterer Hinderungsgrund. Hier gibt es die Möglichkeit, Kleinbusse zum Selbstkostenpreis zur Verfügung zu stellen. Damit hätten wir ein Instrument der Exportförderung, das preiswerter und näher an der Szene kaum sein kann.

Ein paar Worte noch zur Jazzszene in Deutschland. Es gibt eben nicht nur Till Brönner oder Klaus Doldinger, den ja viele durch den *Tatort*-Einspieler kennen, sondern es gibt auch eine Vielzahl ganz wunderbarer junger und innovativer Gruppen, von denen viele weltweit ohne Probleme in der Konkurrenz bestehen können, die es aber trotzdem in Deutschland schwer haben, weil es nur wenige Aufführungsmöglichkeiten gibt. Herr Dehm hat den „Jazz-Club“ in Hannover erwähnt, eine der wenigen Spielstätten, in denen kontinuierlich auch Bands auftreten. Aber viele Clubs können sich so

etwas nicht leisten, weil sie etwas brauchen, das Kasse macht, und Jazz lebt nun einmal durch den Liveauftritt.

Deswegen ist es ganz wichtig, zum Beispiel einen Spielstättenpreis für die Spielstätten auszuloben, die solche Bands zur Aufführung bringen und unterstützen, damit sie auch im nächsten Jahr wieder die Möglichkeit haben, neue Bands einzuladen und ihnen Liveauftritte zu ermöglichen.

Wir haben eine reichhaltige Jazzkultur, die der Bund ja auch ein Stück weit unterstützt. Ich nenne als Beispiel das Jazzfest Berlin, das durch den Bund gefördert wird. Es gibt inzwischen zwar wenige, aber doch schon ganz tolle Projekte. Bei dem in einer Woche beginnenden Jazzfest soll ein Orchester aus 40 jüdischen und muslimischen Künstlern über politische und ideologische Grenzen hinweg gemeinsam Musik spielen, die sie „Chaabi“ nennen. Das ist hochaktuell, spannend und fördert den Dialog. Ich glaube, die Förderung und Unterstützung eines solchen Jazzfestes durch den Bund ist ein gutes Vehikel.

In der „Initiative Musik“ arbeiten zahlreiche wichtige und einflussreiche Experten mit. Mein Wunsch ist, dass diese Experten wirklich zielgenaue Förderinstrumente schaffen, dass sie evaluieren und sich dabei beraten lassen. Ich nehme alle Anregungen hier auf. Neben den zwölf Experten im Aufsichtsrat sollten wir einen Beirat einrichten, in dem die Aktiven, also die Musiker und die Kleinkünstler, beteiligt werden, um herauszufinden, wie die Instrumente sinnvoll eingesetzt, überarbeitet und evaluiert werden können. Ich glaube, da könnten der Jazz und die jungen Bands eine wichtige Stimme sein und dem Aufsichtsrat, der ja dann die Entscheidungen trifft, mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Mit dem heutigen Antrag zur Popmusik und mit dem gemeinsamen Antrag zur Kulturwirtschaft unterstreichen wir die wirtschaftliche Bedeutung von Kultur. Wir machen aber auch deutlich, dass populäre Musik ein entscheidender Beitrag für die kulturelle Vielfalt ist. Wir wollen alle kulturellen Bereiche unterstützen.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und sehe diese Diskussion nicht als einen Endpunkt, sondern als einen Zwischenschritt an.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Dr. Günter Krings, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Günter Krings (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt also kommt meine offenbar von den Kollegen der FDP so lang erwartete

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ersehnte!)

und, wie ich höre, ersehnte Rede, die ihren Schwerpunkt auf den Antrag zur Popmusik legt, den ich mir in der Tat vorher als Thema ausgewählt hatte.

Die vier Anträge machen deutlich, welchen Stellenwert die Kulturwirtschaft nicht nur für die Unionsfraktion, sondern auch für das gesamte Haus hat. Es ist gut, dass wir in dieser verkürzten Sitzungswoche eine Stunde darüber debattieren können.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das war ein guter Einstieg!)

Ich glaube, dass uns der Antrag zur Popmusik zur Ehre gereichen wird. Es wäre vielleicht hilfreich gewesen, wenn Sie sich einzelne Passagen einmal näher angeschaut hätten, Herr Kollege Koppelin. Denn viele Ihrer Fragen lassen sich durch die Lektüre des Antrages beantworten.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Wenn er ihn denn gelesen hätte!)

Bei dem Kollegen der FDP besteht noch eine gewisse Unwissenheit, was denn die „Initiative Musik“ im Einzelnen genau bewirken soll. Was wollen wir mit diesem Antrag erreichen? Er soll spezifizieren sowie Zweck und Zielsetzung dieser Initiative präzisieren. Wenn das Parlament dafür einen Betrag von 1 Million Euro – das ist zwar nicht viel, aber doch eine nennenswerte Summe – in den Haushalt einstellt, dann sind wir als Parlamentarier gut beraten, nähere Aussagen zum Zweck und zur Zielsetzung zu treffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es kann natürlich nicht darum gehen, das in der Popmusik zu kopieren, was wir in Deutschland Gott sei Dank in der klassischen Musik haben, nämlich eine weltweit einzigartige Orchesterlandschaft. Dieses Ziel wird niemand mit 1 Million Euro ernsthaft anstreben können. Aber es geht um eine Initialzündung, damit kreatives Potenzial im musikalischen Bereich in Deutschland freigesetzt werden kann. Musik ist zwar auch ein Wirtschaftsgut, aber nicht nur.

Aus diesem Grunde basiert die Initiative auf drei Säulen. Es geht um das Thema Nachwuchsförderung, um die Förderung und Verbesserung der Exportchancen sowie um Identitätsstiftung und Integration durch Musik.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Ja!)

Zur Nachwuchsförderung ist schon einiges gesagt worden. Ich will betonen, dass es darum geht, insbesondere für junge Musiker Plattformen zu schaffen. Zigtausende von Bands meist junger Menschen spielen in Deutschland. Nicht alle haben das Zeug zum Star. Aber die Beliebtheit von Fernsehformaten wie „Deutschland sucht den Superstar“ zeigt, dass es ein Bedarf für Plattformen gibt, um sich einem breiteren Publikum vorzustellen. Das TV macht es auf diese Weise. Aber im Radio fehlen entsprechende Sendeformate.

Ich war in den 80er-Jahren öfter bei meinen Verwandten in Norddeutschland. Selbst in der von Ihnen, Herr Koppelin, moderierten Sendung konnte ich nicht feststellen, dass da allzu viel deutsche oder in Deutschland produzierte Musik gespielt worden ist.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Ja, ja! Er war sehr angepasst!)

Wir brauchen also neue Sendeformate, und dafür setzen wir uns ein. Die Einführung neuer Formate ist allemal besser, als eine starre Musikquote einzuführen. Eine starre Regulierung würde, so glaube ich, auf Dauer wenig bewirken und würde bei vielen Konsumenten, bei vielen Hörerinnen und Hörern eher eine Abwehrhaltung hervorrufen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: In Frankreich nicht!)

Wir wollen im Zusammenhang mit der Nachwuchsförderung betonen, dass Musik nicht nur via Fernsehen, Internet oder Radio verbreitet wird. Musik gerade im Jazzbereich und im Bereich der improvisierten Musik lebt von der Liveaufführung. Das heißt, wir brauchen Spielstätten, die jungen Künstlern in engagierter Weise Auftrittschancen geben. Hierzu passt der Vorschlag sehr gut, einen Spielstättenpreis einzurichten. Damit sollen Spielstätten prämiert werden, die im Bereich der Jazzmusik und der improvisierten Musik besonders engagiert sind.

Es geht aber auch um die Förderung des Musikexports. Ich gebe zu, dass die Ansätze des Projekts „German Sounds“ noch nicht so vielversprechend waren. Aber das ist für uns kein Grund zur Resignation. Im Gegenteil: Wir müssen einen neuen Anlauf wagen und neue Strukturen schaffen. Die großen und die kleinen Unternehmen in der Musikwirtschaft müssen daran beteiligt sein, damit sie in der Lage sind – das geht nicht nur durch Geld –, stärker zu koordinieren und zu kooperieren. Ich glaube, im Antrag finden sich dazu sehr gute Ansätze.

Diesen Export sehe ich aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt „Export eines Wirtschaftsgutes“, damit in Deutschland Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. Export von Musik hat auch etwas mit dem – im positiven Sinne – Zurschaustellen der deutschen Kultur zu tun. Junge Menschen interessieren sich oft zum ersten Mal für ein anderes Land, indem sie die Musik dieses Landes wahrnehmen. Dass Englisch beispielsweise als Sprache beliebt ist und junge Menschen in Deutschland motiviert sind, Englisch zu lernen, hat auch damit zu tun, dass Englisch für die meisten die Sprache ihrer Lieblingsmusik ist. Umgekehrt hört man jetzt, dass die Zahlen der Deutschkurse an den Schulen in Frankreich steigen. Ein Erklärungsversuch sei die Beliebtheit der Gruppe Tokio Hotel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sehen also: Das, was von jungen Leuten am ehesten wahrgenommen wird, ist die Musik. Diese Chance sollten wir nicht vergeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Damit komme ich zur dritten Säule, zu Integration und Identität. Insbesondere für junge Menschen gibt es keine kulturelle Ausdrucksform, die identitätsstiftender ist als die Musik. Das ist eine große Chance, auch eine Chance für Integration. Wir alle wissen, wie gut die Integration von jungen Migranten, aber auch von sozialen Randgruppen etwa über Fußballvereine und sonstige Sportvereine funktionieren kann. Aber dies funktioniert auch über Bands. Musik zu machen, ist eine Möglichkeit und eine gute Chance für Integration. Auch hierzu haben wir in unseren Antrag einige Punkte

aufgenommen, wobei es wichtig ist, sie mit Leben zu erfüllen, damit die Integrationskraft der Musik allgemein und der Popmusik im Besonderen wahrgenommen wird.

Unsere beiden Anträge zur Kulturwirtschaft und zur Popmusik zeigen, wie wichtig dieses Themenfeld für die Bundesregierung ist. Es gab, so glaube ich, noch keine andere Phase, in der Kulturstaatsminister und Wirtschaftsminister so gut in dieser Frage zusammengearbeitet haben. Dafür meinen herzlichen Dank an Bernd Neumann und Michel Glos.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das Parlament hat gute Vorarbeit geleistet!)

– Genau, das Parlament hat eine hervorragende Vorarbeit geleistet. – Ich will ausdrücklich auch den Kollegen Steffen Kampeter loben, der diesen Ansatz gehabt hat. Mir ist vollkommen egal, in welchem Ausschuss eine solche Idee geboren wird. Hauptsache, sie wird geboren und funktioniert dann auch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dank an die Kollegin Monika Griefahn für die gemeinsame Erarbeitung unseres Antrages.

Eine allerletzte Bemerkung. Natürlich ist für Künstlerinnen und Künstler die Anerkennung wichtig. Sie wollen aber auch von etwas leben. Dafür brauchen sie eine rechtliche und wirtschaftliche Grundlage. Deswegen der dringende Appell an alle Seiten dieses Hauses: Das Urheberrecht ist sozusagen das Brot und die Beschäftigungsgrundlage für Künstler. Wenn wir dort nachlassen und kein starkes Urheberrecht schaffen, dann nützen unsere Anträge nichts. In Korb II haben wir einige Verbesserungen zugunsten der Künstlerinnen und Künstler sowie der Autoren herbeigeführt. Den nächsten Korb haben wir vor der Brust. Da müssen wir, angefangen beim Verbot intelligenter Aufnahmetechniken bis hin zu vielen anderen Detailfragen, noch einiges erreichen.

Die Unionsfraktion steht bei diesem und anderen Themen der Kulturwirtschaft Gewehr bei Fuß. Wir sind bereit, einiges zu machen, wobei wir uns der Unterstützung der SPD sicher sind. Wir hoffen aber auch auf die Unterstützung der anderen Fraktionen dieses Hauses.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 16/6742. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf Drucksache 16/5110 mit dem Titel „Kulturwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung stärken“ in der Ausschussfassung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen.

Unter Nr. 2 empfiehlt der Ausschuss, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/5101 mit dem Titel „Die Kulturwirtschaft als Zukunfts- und Wachstumsbranche in Europa stärken“ sowie den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/5104 mit dem Titel „Die Bedeutung der Kulturwirtschaft anerkennen und ihren Stellenwert auf Bundesebene nachhaltig fördern“ für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist ebenfalls mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen.

Tagesordnungspunkt 3 b: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD mit dem Titel „Populäre Musik als wichtigen Bestandteil des kulturellen Lebens stärken“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/6731, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf Drucksache 16/5111 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung der Opposition angenommen.

Ende der Debatte.